



GERECHTIGKEIT MIT LEBEN FÜLLEN



Foto: Carolin Weinkopf

Liebe Leserinnen
und Leser!

2018 war ein erfolgreiches Jahr für Berlin: Die Investition von Siemens mit 600 Millionen Euro bedeutet einen gewaltigen Innovationsschub, aber auch 60.000 qm sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau. In der Wissenschaft sind wir Weltspitze, wie unsere Erfolge bei der Exzellenzstrategie oder die 660 Millionen Euro für das Naturkundemuseum zeigen.

2018 war auch ein gutes Jahr für den Berliner Haushalt. Wir möchten das an die Berlinerinnen und Berliner zurückgeben. Die SPD setzt sich für die Erhöhung des Landesmindestlohns auf 12,63 € ein, denn jeder sollte jetzt und auch im Alter von seiner Arbeit leben können. Auch Familien möchten wir mit einem gebührenfreien Hort und der Abschaffung des Elternbeitrags beim Essen massiv entlasten.

Besonders am Herzen liegen uns diejenigen, die täglich mit ihrer Arbeit, beispielsweise als Pflegekräfte, dafür sorgen, dass wir gut leben können. Wir fordern die Aufwertung und Besserstellung dieser Berufe. Das Geld ist gut angelegt: In die Zukunft unserer Stadt!

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister



Bei der Grundsteinlegung für das neue Onkologische Zentrum Berlin

Foto: Oliver Igel

Grundstein für Onkozentrum gelegt

Treptow-Köpenick erhält das modernste Krebszentrum Berlins

Unmittelbar am Krankenhaus Köpenick in der Erwin-Bock-Straße wurde am 10. Oktober der Grundstein für das neue Onkologische Zentrum Berlin (OZB) gelegt. Es handelt sich dabei um ein Gemeinschaftsprojekt des Diagnostisch-Therapeutischen Zentrums Berlin und der DRK-Kliniken Köpenick.

Mit dem neuen Zentrum sollen beschwerliche Wege von einem zum anderen Arzt und belastende Doppeluntersuchungen der Vergangenheit angehören. In dem neuen Onkozentrum begleiten Klinik- und niedergelassene Ärzte verschiedener Fachrichtungen die Krebspatienten von der Diagnose bis zur Therapienachsorge. Die Behandlung steht dabei allen Patienten, unabhängig von ihrer Versicherungsart, offen – ambulant und stationär.

„Dank moderner Medizintechnik sind heute die Möglichkeiten der Früherkennung und der Behandlung und somit die Heilungschancen bei einer Krebserkrankung deutlich besser als in früheren Jahrzehnten. Dieses neue Krebszentrum verbessert die Lebensqualität der Menschen“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel bei der Grundsteinlegung.

Um das Onkozentrum zu einem Ort der Spitzenmedizin zu entwickeln, soll es ein umfassendes diagnostisch-therapeutisches Angebot mit Geräten modernster Technik geben. Eine spezielle Software soll die diagnostischen und therapeutischen Modalitäten miteinander verknüpfen. Neben moderner Technik sollen die Patienten ganz menschlich mit Rat unterstützt werden. „Die Diagnose Krebs ist für jeden Betroffenen erst einmal ein

Schock, eine nicht nur körperliche, sondern auch seelische Krisensituation“, sagte Bezirksbürgermeister Igel. Oberin Doreen Fuhr, Vorsitzende der DRK-Schwesternschaft Berlin, ergänzte: „Die Politik fordert es bereits seit Langem eine verstärkte sektorenübergreifende Zusammenarbeit. Unsere Patienten wünschen sich, dass sie mehr durch ihren Behandlungsprozess geleitet werden.“

WIRKUNG ÜBER BERLIN HINAUS

Das neue Onkozentrum stärkt nicht nur die medizinische Versorgung an Krebs erkrankter Menschen in Berlin. Sie wird auf die ganze Stadt und das Umland Wirkung entfalten. Für den Bezirk Treptow-Köpenick wird ein medizinisches Highlight geschaffen: „Mit dem Onkologischen Zentrum

Berlin, das direkt an die DRK-Kliniken Berlin-Köpenick angeschlossen ist, stärken wir eine interdisziplinäre Versorgung von onkologischen Patienten im Berliner Südosten“, betonte der ärztliche Direktor des Krankenhauses Köpenick, Professor Matthias Pross.

Das Onkozentrum soll bis 2020 fertig gebaut und eröffnet werden. Insgesamt werden etwa 20 Millionen Euro am Standort investiert. Für das Krankenhaus Köpenick ist dieses neue Zentrum eine weitere Aufwertung.

Weitere Planungen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung existieren bereits. So soll die Rettungsstelle umfassend saniert und erweitert werden. Zudem sollen die Erweiterung des Bettenhauses und neue, technologisch hochgerüstete Operationsäle vorgesehen sein.

Ost-Duell in der Alten Försterei

Tom Schreiber (MdB) mit der Polizei im Einsatz bei Fußball-Risiko-Partie

Am 28.10.2018 begleitete ich die Berliner Polizei bei einem Risikospiegel zwischen dem 1. FC Union und Dynamo Dresden in Köpenick, um mir einen Einblick zu verschaffen, wie die Vorbereitungen und der Einsatzablauf unserer Polizei im Detail aussehen.

In der Direktion 6 ließ ich mir das Lagezentrum und den Stab für den Einsatz zeigen. Ich war erstaunt, über die hohe Zahl der BeamtInnen, die an diesem Tag vor Ort waren, um die Lage zu bewerten und Handlungen anzuweisen. Gemeinsam mit der Bundespolizei und den Vereinen wurde hierbei vorab viel geplant.

Unter den über 2.600 Fans aus Dresden befanden sich an diesem Tag auch Hooligans und Personen

der Kategorien „B“ und „C“. Bei der Kategorie „B“ handelt es sich um gewaltbereite/-geneigte Fans, bei der Kategorie „C“ konkret um gewaltsuchende Fans.

Um genau diese Fan-Lager der Vereine zu trennen, hatte man an diesem Spieltag sechs Einsatzhundertschaften zuzüglich der Kräfte der Bundespolizei sowie die Alarmhundertschaft aus der Direktion 6 in den Einsatz eingebunden.

Am S-Bahnhof Spindlersfeld wurden die Dresdner Fans erwartet, und bei ihrer Ankunft begleitete ich die 14. Einsatzhundertschaft. Die Bundespolizei begleitete weitere Gruppen ab Schöneweide.

Fortsetzung auf Seite 2



Beim Spiel des 1. FC Union gegen Dynamo Dresden im Stadion An der Alten Försterei in Köpenick

Foto: Tom Schreiber

Fähre fährt auch 2019

Betrieb der BVG-Spreefähre F11 wird verlängert

Der Erhalt der Fähre F11 zwischen Baumschulenweg und Oberschöneweide ist ein großer Erfolg für die NutzerInnen der Fähre. Tausende Unterschriften, ein unfassbares Engagement der AnwohnerInnen und manche politische Initiative haben dazu geführt, dass die Fähre nun ein Jahr länger fahren darf.

Es ist leider nur ein Etappensieg, denn die Verlängerung gilt nur für ein Jahr. Aus Sicht der Senatsverwaltung sollen die Menschen in den kommenden 12 Monaten lernen, den Bus zu benutzen. Nun ist es nötig, gemeinsam zu zeigen, dass wir uns unsere Fähre dauerhaft nicht nehmen lassen werden. Die älteste Fähre Berlins hat es nicht



verdient, trotz hervorragender Fahrgastzahlen immer wieder in Frage gestellt zu werden. Die SPD und ich werden das Engagement der BürgerInnen zum Erhalt der Fährlinie auch in Zukunft unterstützen.

Lars Dusterhöft (MdB)

IN DIESER AUSGABE

BAHNHOF SCHÖNEWEIDE BLEIBT BARRIEREFREI
Temporäre Fahrstühle am Aufgang Sterndamm geplant
SEITE 2

TEILHABE AM ERFOLG
Berliner SPD für mehr Einkommensgerechtigkeit
SEITE 3

TREPTOW-KÖPENICK UND ESKIŞEHİR-TEPEBAŞI
Eine lebendige Städtepartnerschaft
SEITE 7

TREPTOW-KÖPENICK – BEZIRK DER FRAUEN
Dialogforum mit Senatorin Dilek Kolat
SEITE 8

SPRECHSTUNDEN DER
SPD-POLITIKER VOR ORT

LARS DÜSTERHÖFT

Mitglied des Abgeordneten-
hauses für Ober-, Nieder-
schöneide und Johannisthal
5., 12. und 19. Dezember 2018
14.30 bis 16.30 Uhr
in der AnsprechBar,
Siemensstr. 15, 12459 Berlin

OLIVER IGEL

Bezirksbürgermeister
13. Dezember 2018
10.30 bis 12.00 Uhr
im Rathaus Köpenick
Zimmer 173

ROBERT SCHADDACH

Mitglied des Abgeordneten-
hauses für Damm-Vorstadt,
Köllnische Vorstadt/Spindlers-
feld, Bohnsdorf, Grünau und
Schmöckwitz
4. Dezember 2018
17.00 bis 18.00 Uhr
im Bürgerhaus Grünau,
Regattastraße 141
11. Dezember 2018
17.00 bis 18.00 Uhr
im Kiezzentrum / Kiez-Café,
Rudower Straße 37/39

TOM SCHREIBER

Mitglied des Abgeordneten-
hauses für Altstadt/ Kietz,
Allende-Viertel, Wenden-
schloss, Müggelheim
17. Dezember 2018
12.00 bis 13.00 Uhr
in der Begegnungsstätte
Allende II, Alfred-Randt-Str. 42

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt
Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken
(Seiten 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:
SPD Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Anett Seltz (V.i.S.d.P.),
Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landesseiten:
Christina Bauermeister, Birte Huizing,
Alexander Kulpok, Gunter Lange,
Ulrich Rosenbaum, Ulrich Schulte-Döinghaus

Bezirksseiten Treptow-Köpenick
(Seiten 1 und 2)

Herausgeber:
SPD Treptow-Köpenick
Kreisvorsitzender Oliver Igel (V.i.S.d.P.)
Grünauer Str. 8, 12557 Berlin

Redaktion der Bezirksseiten:
Lars Düsterhöft, Oliver Igel,
André Rostalski, Tom Schreiber

Rätselestellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Grafik: Hans Kegel
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Ost-Duell in der Alten Försterei

Fortsetzung von Seite 1

Die Einsatzhundertschaften be-
gleiteten den friedlichen Fanmarsch
bis zum Stadion. Dort fanden die
Fans aus Dresden schließlich ihren
Platz im Gästeblock. Überraschend
war für mich, dass Union hierbei in
Eigenverantwortung die Sicherheit
im Stadion gewährleistete.

Vor Ort verfügen die Einsatzkräf-
te der Polizei über eine Wache und
darüber hinaus auch über ein weite-
res kleines Lagezentrum, in dem
unter anderem im Stadion begange-
ne Straf- und Gewalttaten per Video
aufgezeichnet und ausgewertet wer-
den. Der Zugriff auf straffällige
bzw. tatverdächtige Personen er-
folgt dann in der Regel nach dem
Spiel. Die kleine Polizeiwache ver-
fügt außerdem über Zellenräume
und einen Bereich für die Blutent-
nahme sowie die Feststellung der
Verwahrbarkeit. Kurz vor Spiel-



Die Polizei begleitet Fans von Dynamo Dresden vom Bahnhof Spindlers-
feld zum Stadion An der Alten Försterei in Köpenick

Foto: Tom Schreiber

ende nahmen die Einsatzhundert-
schaften wieder ihre Positionen ein
und achteten nun besonders auf die
Fans der Kategorien „B“ und „C“.

So genannte Sperrriegel sollten
zudem Auseinandersetzungen ver-
hindern. Fans und Familien, die nicht
diesen Fangruppen zugeordnet

wurden, konnten zügig abreisen.

Die „B“- und „C“-Fans legten
unter Begleitung von Zivilkräften
sowie Beamtinnen und Beamten
der Fachdienststellen der Polizei
ihren Weg zum Bahnhof zurück.
Bis auf drei Zugriffe, bei denen Per-
sonen in Gewahrsam genommen
werden mussten, war es ein ruhiges
und friedliches Bundesligaspiel.

Ich konnte viele Gespräche führen
und war überrascht, wie intensiv
dieser Einsatz für die Kräfte in der
Vorbereitung, Durchführung und
sicherlich auch in der Auswertung
war. Meine Auffassung, dass sich
gerade der Profi-Sport finanziell an
den Kosten solcher Einsätze betei-
ligen sollte, wurde einmal mehr be-
stärkt.

Mein besonderer Dank gilt der
Polizei Berlin für diese Erfahrung
und die Einblicke in ihre wertvolle
Arbeit für unsere Sicherheit.

Tom Schreiber (MdB)

KLARTEXT



Foto: SPD Berlin - Joachim Gern

Öffentlicher
Verdienst

**Der Berliner und auch die Berli-
nerin schimpfen ja gern mal auf
ihre Beamten oder eben die Ange-
stellten im Amt. Weil ja sowieso
nie etwas funktioniert. Wenn das
so wäre, dann würde das aber je-
der in dieser Stadt sofort merken
– und sich dann ganz schnell mo-
tivierte Beamtinnen und Beamte
wünschen.**

Die meisten Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter mit Beamtenstatus gibt
es bei Polizei und Feuerwehr – kaum

jemand würde auf die Idee kommen,
hier würde es zu viele geben und sie
wären viel zu gut bezahlt. Im Gegen-
teil. Wir sollten einen Blick darauf
werfen, was wir an dem öffentlichen
Dienst in dieser Stadt haben – und
was die Mitarbeiterinnen und Mit-
arbeiter in der Vergangenheit unter
enormen Sparzwängen persönlich
erleiden mussten. Klar, es ist ja ein
sicherer Job, sagen viele. Und den-
noch: Das kann nicht die Geisel da-
für sein, mit ihnen in bestimmter
Weise umzugehen. Und einfach mal
„Danke“ zu sagen reicht nicht aus –
ist aber eine Höflichkeit, die nicht
vergessen werden darf.

Wer im öffentlichen Dienst des
Landes Berlin beschäftigt war oder
ist, hat in den letzten drei Jahrzehnten
einiges durchleiden müssen: die
Debatte über die gleiche oder un-
gleiche Bezahlung in Ost und West,
der Solidarpakt mit erheblichen
finanziellen Einbußen bei gleichzei-
tiger Arbeitszeitreduzierung, Strei-
chung von Weihnachtsgeld, Null-
runden, der Austritt aus der Tarif-
gemeinschaft, ein gigantischer Per-
sonalabbau. Im öffentlichen Dienst
des Landes Berlin blieb kaum ein
Stein auf dem anderen. Und das traf
jeden einzelnen – auch und gerade
menschlich. In Zeiten aber, in denen
immer mehr Menschen in die Stadt
kommen und andere Ansprüche an

den öffentlichen Dienst gestellt wer-
den, muss wieder Personal aufge-
baut werden. Werden sie nicht ord-
entlich bezahlt, suchen sich junge
Nachwuchskräfte andere Arbeit-
geber.

Zu einer funktionierenden Stadt
gehört ein funktionierender öffent-
licher Dienst: fleißig und korrekt,
freundlich und zuvorkommend. Ich
kenne viele Kolleginnen und Kolle-
gen, die sich aufopfern – egal ob in
der Jugendarbeit oder bei der Poli-
zei. Der öffentliche Dienst ist viel-
fältig in dieser Stadt: hier der Lebens-
mittelkontrolleur, dort der Garten-
arbeiter. Bei der Personalversamm-
lung sitzt der Hochbauingenieur
neben der Sozialarbeiterin.

Nach den finanziellen Einbußen
müssen jetzt die richtigen Signale
kommen, um mit dem öffentlichen
Verdienst anderer Bundesländer
und des Bundes besser Schritt hal-
ten zu können. Wir wollen die bes-
ten und die am besten motivierten
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ihr

Oliver Igel
Bezirksbürgermeister

Fahrt zur Schule
jetzt günstiger

**Seit dem 1. August entlastet
die von der SPD geführte rot-
rot-grüne Landesregierung
Eltern nicht nur bei den Kos-
ten für die Schulbücher. Auch
für die Fahrt zur Schule wur-
den die Preise reduziert.**

Der Preis des Schülertickets
verbilligte sich für den Tarifbe-
reich AB auf monatlich 17 Euro
im Abo und 21,80 Euro bei mo-
natsweisem Kauf. Einkommens-
schwache Familien wurden be-
sonders entlastet. Kinder aus
Familien mit dem berlinpass
fahren jetzt kostenfrei, bisher
wurden bis zu 15 Euro fällig.

Zunächst sah es danach aus,
dass nicht alle Kinder mit einem
berlinpass kostenfrei fahren
könnten. Vorgaben des Bildungs-
und Teilhabepakets (BuT) des
Bundes regeln, dass die Schü-
lerInnen auf die Beförderung an-
gewiesen sein müssen. Der Weg
zur Schule muss demnach min-
destens einen Kilometer (Grund-
schule) bzw. zwei Kilometer
(Oberschule) betragen. Berlin
hat diese Regelung geändert,
indem es die finanziellen Mittel
des Bundes ergänzt. So können
sich alle Kinder sehr günstig oder
kostenfrei in der Stadt bewegen.

Barrierefreier Bahnhof Schöneide

Temporäre Fahrstühle am Aufgang Sterndamm geplant

**Gute Nachricht für die Barriere-
freiheit am Bahnhof Schöneide:
Die zuständige Senatsverwal-
tung hat die Notwendigkeit des
Baus von temporären Fahrstüh-
len am Bahnhof Schöneide –
Aufgang Sterndamm – erkannt
und die entsprechende Planung in
Auftrag gegeben.**

Bis zum 3. Dezember 2018 sind
die Bahnsteige von beiden Seiten er-
reichbar. Dann wird der Zugang Nie-
derschöneide/Michael-Brückner-
Straße geschlossen. Bis voraussicht-
lich März 2019 kommt man aber
noch von der Johannisthaler Seite
an die Fahrstühle im Fahrgasttunnel
heran. Dann wird auch diese Seite
gesperrt und der Bahnhof endlich
umfassend saniert. Daher ist es un-
erlässlich, für diese Bauphase tem-



Bahnhof Schöneide Foto: L. Düsterhöft

poräre Aufzüge auf der Seite des
Sterndamms zu installieren: für
Menschen mit Handicap, für Rad-

fahrerInnen und für Menschen, die
mit einem Kinderwagen unterwegs
sind.

Leider gibt es aber eine Reihe
Unklarheiten. Es ist offen, wann die
Aufzüge gebaut werden, wie die
genaue Umsetzung aussehen wird
und wer diese Maßnahme bezahlen
wird. Jetzt gilt es hierfür Lösungen
zu finden und die Maßnahmen wei-
ter zu begleiten.

Es hat sich gezeigt, dass sich die
gemeinsamen Anstrengungen loh-
nen. Für den Wahlkreisabgeord-
neten Lars Düsterhöft ist klar, dass der
Bahnhof Schöneide auch wäh-
rend des Umbaus für alle Menschen
erreichbar bleiben muss. Er hat sich
in den letzten Jahren für die Lösung
zahlreicher Probleme rund um den
Bahnhof eingesetzt.

Weihnachtskonzert

Berolina Chorensemble singt in der Verklärungskirche

**Ein traditionelles Weihnachts-
konzert findet am Sonntag, dem
16. Dezember 2018 um 16 Uhr
in der Verklärungskirche Berlin-
Adlershof, Arndtstraße 12, statt.**

Unter dem Motto „Oh Freude über
Freude“ erklingen sowohl deutsche
als auch internationale Weihnachts-
lieder. Das Konzert steht unter der
Leitung des bewährten Chorleiters
Karsten Drowing. Als Solistin wird
Susanne Pietrowski begrüßt, Solo-
flötistin der Brandenburger Sym-
phoniker. Wie in jedem Jahr gibt
es Glühwein und selbstgebackene
Plätzchen.

Eintrittskarten können per E-Mail
auf der Internetseite des Chores un-
ter www.berolina-choensemble.de
oder unter **Telefon 030 - 56 40 09 80**
erworben werden. Restkarten sind



Foto: Promo Berolina Chorensemble

ggf. an der Abendkasse erhältlich.
Der Eintritt kostet 9,- €.

Der Zugang zur Kirche ist barriere-
frei, auch für Menschen im Roll-
stuhl.



Urbane Sicherheit. Mehr Gerechtigkeit.

Die Berliner SPD hat auf ihrem Landesparteitag am 17. November wichtige Beschlüsse für die Zukunft Berlins gefasst. Hier ein Überblick über das, was die SPD in den Bereichen Einkommensgerechtigkeit, bezahlbare Mieten sowie innere und soziale Sicherheit erreichen möchte.



BERLIN

SPD

- Eine **Erhöhung des Landesmindestlohnes auf 12,63 Euro**. Dieser Betrag ist nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums nötig, um später eine armutsfeste Rente zu erhalten. Auf Beschluss der SPD soll das Land Berlin spätestens ab 2021 dieses Niveau erreichen. Gleiches gilt für private Dienstleister, die im Auftrag des Landes tätig sind. Zurzeit gilt in Berlin ein Mindestentgelt von neun Euro.
- Eine **monatliche Zulage von 150 Euro für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes** des Landes Berlin. Diese käme vor allem den unteren Einkommensgruppen zugute. Damit bekommen die Beschäftigten etwas von dem zurück, was sie durch Einkommensverzichte in der Vergangenheit eingebüßt haben, damit Berlin seine Finanzen konsolidieren konnte.
- Die **vollständige Tarifbindung** aller Landesunternehmen, Beteiligungen, inklusive aller Konzerntöchter. Zukünftig werden sämtliche landeseigenen Unternehmen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Tarif beschäftigen. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wird ein Tarif auf dem jeweils vergleichbaren Bundesniveau angestrebt. Dies gilt auch für alle Unternehmensbeteiligungen des Landes.
- Berlin wird im kommenden Jahr ein **Modellprojekt zum Solidarischen Grundeinkommen** als Alternative zum bisherigen Bezug von Arbeitslosengeld II starten. Damit schafft die Berliner SPD soziale Sicherheit durch fair bezahlte Arbeit für zusätzliche Tätigkeiten in stadtgesehlich relevanten Bereichen wie einem Begleitservice für Menschen mit Handicap, Integrationslotsen oder die Unterstützung älterer Menschen im Haushalt.
- Ein **günstigerer ÖPNV** soll die Berlinerinnen und Berliner bei den Fahrpreisen entlasten. Der Senat hat bereits den Preis des Schülertickets gesenkt. Die Berliner SPD will auch das Jobticket günstiger machen. Weitere Schritte werden folgen.
- **Keine Privatisierung von öffentlichen Aufgaben**: Die Auslagerung von öffentlichen Aufgaben an private Unternehmen hat sich als Irrweg herausgestellt. Ausgründungen mit dem Ziel einer schlechteren Bezahlung der Beschäftigten wird es künftig nicht mehr geben, bestehende Ausgründungen werden rückgängig gemacht.
- Eine **Stärkung der Mietpreisbremse** durch eine obligatorische Offenlegung der Vormiete, damit überhöhte Mieten gar nicht erst erhoben werden können.
- Die **Einführung einer Grundsteuer**, die leistungslosen Gewinn abschöpft und dazu beiträgt, dass Eigentümer baureifen Landes ihr Baurecht schnell nutzen und das Land nicht jahrelang unbebaut lassen.
- Eine **Verbesserung der Alltagssicherheit** der Berlinerinnen und Berliner durch eine starke Berliner Polizei und bezirkliche Ordnungsämter. 800 zusätzliche Polizei-Stellen werden geschaffen und die technische Infrastruktur und persönliche Ausrüstung auf den neuesten Stand gebracht.
- Der **Einsatz von Videoüberwachung an ausgewählten kriminalitätsbelasteten Orten**. Eine flächendeckende Überwachung lehnt die Berliner SPD ab – ebenso wie eine automatische Gesichtserkennungs- und Trackingsoftware.
- Eine **bessere Personalausstattung im Justizvollzug**, um eine schnellere Bearbeitung von Straftaten zu ermöglichen.
- Eine **landesweit abgestimmte Strategie gegen Kriminalität** und Bedrohung durch Gewalt sowie bessere Möglichkeiten des Austausches von Wissen und Daten, um organisierte Kriminalität einzudämmen.
- Ein **gebührenfreier Hortbesuch** für alle Klassenstufen sowie die **Abschaffung des Elternbeitrags beim Kita- und Schulesen**. Damit setzt die Berliner SPD ihren Weg hin zu einer vollständigen Gebührenfreiheit in der Bildung fort. Bereits seit diesem Schuljahr zahlen Eltern von Grundschulkindern kein Geld mehr für Schulbücher.
- Ein **umfassendes Programm zur Bekämpfung von Kinderarmut** – von den „Frühen Hilfen“ rund um die Geburt, den Stadtteilmüttern, dem flächendeckenden Kita-Angebot, verlässlichen Ganztagschulen, Schulsozialarbeit, freier Jugendarbeit bis hin zu Jugendberufsagenturen und Familienbildung.
- Eine **finanzielle Stärkung des Programms gegen Gewalt an Schulen**, um Gewaltprävention, Demokratiepädagogik und die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern zu stärken.
- Auf **Bundesebene** setzt sich die Berliner SPD für die **Einführung einer Kindergrundsicherung** ein. Das Kindergeld darf nicht länger auf die Sozialleistungen angerechnet werden.

„Innovationsmotor unserer Stadt“

Es ist die größte Einzelinvestition eines Industrieunternehmens nach dem Zweiten Weltkrieg: Ende Oktober gab Siemens bekannt, 600 Millionen Euro in einen Innovations- und Zukunftscampus für Forschung, Wissenschaft und Wohnen in Berlin zu investieren. Das Berliner Stadtblatt sprach darüber mit dem Regierenden Bürgermeister Michael Müller (SPD).

Herr Müller, kurz nach der Entscheidung von Siemens sagten Sie: „Das ist ein sehr guter Tag für Berlin!“ Was bedeutet die Siemens-Investition konkret für die Berlinerinnen und Berliner?

Hinter dieser Entscheidung steckt ein Zukunftspaket, das die industrielle Revolution 4.0 in Berlin ein ganzes Stück vorantreiben wird. Damit werden die Grundlagen dafür gelegt, dass sich die traditionsreiche Siemensstadt zu einem Hotspot für innovative Ideen und Hochtechnologie entwickeln kann. Und mit der Öffnung des bislang für die Öffentlichkeit geschlossenen Industriareals werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass davon nicht nur Siemens profitiert, sondern der Stadtteil als Ganzes, und das heißt: auch die Menschen. Dazu gehört natürlich auch die Prämisse, dass Menschen durch die Aufwertung von Arealen nicht verdrängt werden dürfen. Deshalb haben wir verhandelt, dass 200.000 Quadratmeter für Wohnraum ge-

schaffen werden und das mit der bewährten Berliner Mischung, die auch Menschen mit niedrigeren Einkommen zugute kommt.

Wird Berlin damit endgültig zur Digital-Hauptstadt der Zukunft?

Das ist eine konsequente Investition in Forschung und Entwicklung, den Innovationsmotor unserer Stadt. Mein Anspruch ist, der Digitalisierung nicht zu unterliegen, ihr nicht hinterherzurrennen, sondern diesen Prozess aktiv zu gestalten. Und das gelingt uns hervorragend in Forschung und Wissenschaft. Gut eine viertel Million Menschen aus aller Welt lehren, forschen, arbeiten und studieren hier in unserer Stadt. Die Zahlen der Studierenden ist stetig gestiegen, dieses Jahr bereits wieder um gut 7.000, auf einen neuen Rekordwert von insgesamt 195.000. Sieben bewilligte Exzellenz-Cluster sprechen dafür, dass dieser Attraktivitätsschub auf einer soliden Grundlage steht. Wir sind die Startup-Hauptstadt. Das musste nach der missverständlichen Studie, die vor zwei Wochen durch die Presse geisterte, ja korrigiert werden.

Welche Rolle spielte das große Flächenpotenzial in der Siemensstadt bei der Entscheidung?

Durch die enge Zusammenarbeit des Landes Berlin mit Siemens erhält das ganze Areal eine großartige Entwicklungsperspektive, die öffentliche Daseinsvorsorge mit innova-



Michael Müller

Foto: Carolin Weinkopf

tiver Wirtschaftsentwicklung verbindet. Industrie, Handel, Gastronomie, soziale und Verkehrsinfrastruktur und Wohnen werden sich

auf dem Entwicklungsareal verbinden. In diesem Zusammenspiel liegt der Erfolg einer integrierten Stadtentwicklung, die sich der

Senat schon seit vielen Jahren auf die Fahne geschrieben hat und in konkrete Stadtpolitik umsetzt.

Trotz aller Euphorie: Viele Menschen haben Angst, mit der Digitalisierung nicht Schritt zu halten. Was entgegnen Sie diesen Menschen?

Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst. Bei der sogenannten vierten Industriellen Revolution geht es darum, die Zukunft digital und sozial zu entwickeln. Eine Gesellschaft und Wirtschaft ständig an den technischen Fortschritt anzupassen, kostet Kraft und natürlich auch finanzielle Ressourcen. Deutschland ist aber auf diese permanente Anpassung angewiesen. Gute, gebührenfreie Bildung und die Sicherung des sozialen Friedens müssen wir uns leisten, um den Wohlstand unseres Landes zu sichern. Berlin ist da ganz vorne.

Dazu müssen wir im großen Rahmen investieren: in Wissenschaft und Forschung, Bildung, soziale Gerechtigkeit und in ein neues Sozialsystem. Die Idee eines Solidarischen Grundeinkommens zielt ja auch darauf, den Menschen Angst zu nehmen. Ich möchte, dass alle von der Entwicklung profitieren und dass wir diejenigen, denen die Veränderung Sorgen bereitet, zeigen, dass wir sie nicht vergessen. Niemand soll durch den Rost der Entwicklung fallen. Auch dafür kämpfe ich.

Fragen: C. Bauermeister

„Mein Traum von Europa“

Gaby Bischoff ist die Kandidatin der Berliner SPD für die Europawahl

Die Europawahl am 26. Mai 2019 wird entscheidend sein für unsere Zukunft. Als überzeugte Europäerin und aktive Gewerkschafterin weiß ich, dass es jetzt darauf ankommt, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und die Europäische Union wieder auf klaren Kurs zu bringen.

In Europa breiten sich Nationalismus und Rechtspopulismus aus. Deshalb gilt es, den „Traum von Europa“ wiederzubeleben, denn unser einzigartiges Wohlstands- und Friedensprojekt ist in ernster Gefahr. Es heißt: Gerade weil wir Europa lieben, wollen wir es verbessern.

Die Europäische Union ist nicht perfekt, und Kritik ist berechtigt. Die EU ist durch die unsoziale Sparpolitik in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise in eine gewaltige Schiefelage geraten. Sie ist mehr denn je gespalten. Wir müssen deshalb den inneren Zusammenhalt in Europa wieder stärken. Dazu ist ein echter Kurswechsel in der europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik nötig.

Soziale Absicherung und gute Arbeit sind weiterhin Grundvoraussetzungen für Wohlstand und Lebensqualität. Dazu gehören anständige Mindestlöhne genauso wie eine funktionierende Grundsicherung in allen EU-Mitgliedstaaten. Mit Lohn- und Sozialdumping muss endlich europaweit Schluss sein.

Die Digitalisierung birgt neue Chancen, verursacht aber auch Ängste und Unsicherheiten. Nur Europa zusammen, nicht Deutschland allein, hat die Kraft, die Arbeit



Gaby Bischoff

Foto: Carolin Weinkopf

der Zukunft sicher zu gestalten und durch fairen Handel zu einer gerechten Globalisierung beizutragen.

An der Finanzierung des Gemeinwohls müssen alle beteiligt werden, damit die notwendigen Investitionen in Bildung und Daseinsvorsorge möglich sind. Europa muss auch die Internet-Giganten endlich gerecht besteuern und dafür sorgen, dass Steuern da gezahlt werden, wo die Gewinne anfallen.

Anhand dieser Beispiele wird deutlich: Wie wir in Europa in Zukunft leben und arbeiten werden, hängt wesentlich von der Mitgestaltung des Europäischen Parlaments im europäischen Gesetzgebungsprozess ab.

Ich engagiere mich für starke soziale Rechte, für gute Arbeit, gerechte Bezahlung, Gleichstellung, Anti-Diskriminierung, hohen sozialen Schutz, Integration und die soziale Teilhabe aller. Ich möchte mit dafür sorgen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa wieder spürbar zu verbessern. Dazu gehören insbesondere bessere Mitbestimmungsrechte und die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Europa muss Exportweltmeister guter Arbeitsbedingungen werden.

Nationalismus und Abschottung sind keine Lösung. Wir brauchen ein solidarisches Europa, das das Wohlergehen der Menschen ins Zentrum stellt, Digitalisierung und Globalisierung gerecht gestaltet und den Klimawandel ernsthaft und konsequent bekämpft. Als Spitzenkandidatin der Berliner SPD zur Europawahl mache ich mich deshalb für ein soziales, demokratisches Europa stark – es ist das beste Rezept gegen Nationalismus und Abschottung. Ein starkes, geeintes Europa ist die beste Garantie, dass alle in Europa eine gute Zukunft haben.

Gaby Bischoff

www.gaby-bischoff.eu
[facebook.com/gabybischoff.eu](https://www.facebook.com/gabybischoff.eu)
twitter.com/gabischoff
[instagram.com/gabybischoff](https://www.instagram.com/gabybischoff)

Lebenswerte Plätze

Abschied von der „autogerechten Stadt“

In Wilmersdorf, Friedenau und Steglitz wehren sich Bürgerinnen und Bürger gegen überdimensionierte Verkehrsschneisen.

Hans Stimmann, einst Senatsbaudirektor, kennt die Geschichte: „Ich verehere Willy Brandt, aber als er Regierender Bürgermeister war und die Partnerstadt Los Angeles besuchte, war er von den Stadtautobahnen so fasziniert, dass er Bauseator Rolf Schwedler sagte: So etwas brauchen wir auch.“ Das war der Anfang der „autogerechten Stadt“. Erst 1975 wurden die gigantischen Vorhaben gebremst. Geblieben sind überdimensionierte Verkehrsschneisen. Anwohnerinitiativen wollen zum alten urbanen Stadtgrundriss zurück, um wieder mehr Leben auf ihre Plätze zu bringen. Sechs haben sich zu einem Netzwerk zusammengeschlossen, um ihre Erfahrungen mit Politik und Verwaltung auszutauschen.

■ **Initiative Breitenbachplatz:** Die Hochbrücke hat den Platz in seiner Aufenthaltsqualität zerstört. Sie muss weg, sagen die Anwohnerinnen und Anwohner. 2011 entstand bei einem Platzfest der SPD eine Bürgerinitiative. Der Erfolg nach sieben Jahren langen Bohrens: Zuletzt haben sich die Bezirksverordnetenversammlungen Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf einstimmig für einen „perspektivischen Abriss“ ausgesprochen und Machbarkeitsstudien sowie Verkehrsgutachten gefordert. Dampf machen die SPD-Wahlkreisabgeordneten vor Ort: Andreas Kugler in Steglitz und Florian Dörstelmann in Wilmersdorf.

■ **Initiative Bundesplatz:** Der historische Kaiserplatz wurde untertunnelt, ist von Norden her nicht mehr zugänglich und entsprechend heruntergekommen. Die Fahrbahnschneise der Bundesallee ist unnötig breit. Eine Bürgerinitiative hat Tempo 30 erreicht und kämpft um einen Rückbau des Tunnels.

■ **Bürgerinitiative Wilmersdorfer Mitte:** Erst in den 60er Jahren entstand der „Uhländbogen“, der seither vierspurig die Mecklenburgische mit der Uhländstraße verbindet, die bis dahin erst an der Wilhelmsaue begann. Dazu wurde ein Teil des Volksparks geopfert. Die Initiative fordert, den alten Zustand und damit die historische Mitte Wilmersdorfs wiederherzustellen.

■ **Bürgerinitiative Friedrich-Wilhelm-Platz:** Der Kern der historischen Planstadt, die sogenannte „Carstenn-Figur“, der ein Städtebaukonzept zu Grunde lag, mit dem man Paris mit den Boulevards des Stadtplaners Haussmann übertreffen wollte, wurde für schnellere und breitere Fahrbahnen angeschnitten. Jetzt besteht Aussicht, einen Teil der alten Platzstruktur wiederzubeleben.

■ **Initiative Prinzregentenstraße:** Mit grünen Barrieren will die Initiative erreichen, dass die Fahrradstraße nicht mehr vom Ausweichverkehr missbraucht wird.

■ **Initiative Leon-Jessel-Platz:** Sie zeigt, was passiert, wenn ein Viertel zur Spielstraße umgewidmet wird: Neues Gemeinschaftsleben entsteht, Geschäfte und Gastronomie blühen auf. So wird aus der autogerechten wieder die lebenswerte Stadt.

Ulrich Rosenbaum

Der wahre Entdecker Amerikas

2019 jährt sich der Tod des Berliner Naturforschers Alexander von Humboldt zum 160. Mal. Im Februar wird Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Ecuador einen Staatsbesuch abstatten. Im Mittelpunkt steht dabei auch das Wirken von Humboldts in dem südamerikanischen Land. Ein Ausblick.

Berlin und Quito sind verbunden durch Alexander von Humboldt (1769-1859). Doch die Ecuadorianer kennen, schätzen und verehren den jüngeren der beiden Humboldt-Brüder nicht nur als großen Naturforscher, der durch seine in ihrem Land gewonnenen Erkenntnisse die Welt der Wissenschaft veränderte, sie achten und lieben ihn darüber hinaus als Menschenrechtler und Freiheitskämpfer. Dafür haben sie ihm in Quito ein Denkmal errichtet.

Alexander von Humboldt hielt engen Kontakt zum dritten US-Präsidenten Thomas Jefferson, einem der US-Gründerväter, dem die Amerikaner und die Nachwelt die US-Unabhängigkeitserklärung mit jenem epochalen Satz von der Würde und Unantastbarkeit jedes einzelnen Menschen verdanken. Und Humboldt war auf fremdem Boden ein unerbittlicher Streiter für die Unab-



Das Humboldt-Denkmal in Quito

Foto: A. Kulpok

hängigkeit Lateinamerikas. Daran konnte auch die ihm von Spaniens König Carlos IV. 1802 erteilte Sondergenehmigung für seine fünfjäh-

rige Forschungsreise mit dem französischen Botaniker Aimé Bonpland nichts ändern. So hatte der Naturkundler aus Berlin zum Beispiel

mit Hartnäckigkeit gefordert, den spanischen Kolonialherren das Monopol für Schnee (!) zu entziehen. Denn aus dem Schnee der Anden produzierten die Konquistadoren köstliche Sorbets für ihre Oberschicht.

HUMBOLDTS WIRKEN RÜCKT IN LATEINAMERIKA WIEDER IN DEN MITTELPUNKT

Ecuador gilt als politisch stabil. Obwohl 1999 der US-Dollar als Landeswährung eingeführt wurde, hält sich die Abhängigkeit von den USA in Grenzen. Das liegt vor allem an dem sozialistisch orientierten Ex-Präsidenten Rafael Correa und an seinem Nachfolger, dem 65-jährigen Lenin Moreno (davor Vizepräsident), der seit April 2017 im Amt ist. Moreno ist seit einem Raubüberfall 1998 an den Rollstuhl gefesselt.

Gerade in diesen Tagen, da in Lateinamerika gesellschaftliche Spaltung und Gewalt herrschen, rücken die Person und das Wirken des Berliner Alexander von Humboldt von Tijuana bis Falkland wieder in den Mittelpunkt. Einem Präsidenten aus Deutschland wird uneingeschränkte Verehrung entgegengebracht. Die Wünsche der Ecuado-

rianer an das EU-Mitglied Deutschland sind relativ bescheiden: Unterstützung bei moderner Technologie, Kooperation in der chemischen Industrie und als Krönung eine Ausstellung mit Originalen aus dem Humboldt-Nachlass und mit archaischen Schätzen aus Ecuador in Berlin.

Im Alter von 27 Jahren hatte sich Alexander von Humboldt 1802 nach dem Tod seiner Mutter und der damit verbundenen Erbschaft seinen Traum einer Forschungsreise erfüllen können, um die kulturelle und naturhistorische Eigenständigkeit der Neuen Welt zu erforschen und zu belegen, den Chimborazo zu besteigen, als Nichtschwimmer den Humboldt-Strom an der Westküste Südamerikas zu erkunden und um in seinem bahnbrechenden, Goethe gewidmeten Buch „Ideen zu einer Geographie der Pflanzen“ zu beschreiben, was die Welt von Fauna und Flora im Innersten zusammenhält. Simon Bolivar hat seinem Berliner Freund dafür gedankt: „Der wahre Entdecker Amerikas ist Humboldt, denn sein Werk hat unserem Volk mehr genutzt als das aller Konquistadoren.“

Alexander Kulpok

Heute wären die Bilder cool

Ausstellung zum 100. Geburtstag der Kreativgemeinschaft „Novembergruppe“

Die Ausstellung „Freiheit. Die Kunst der Novembergruppe 1918 – 1935“ zeigt in der Berlinischen Galerie eindrucksvoll, wie sich Künstler vor 100 Jahren aufmachten, um radikal und revolutionär mit den Sehgewohnheiten der Kastengesellschaft zu brechen.

In den frühen Novembertagen 1918 zogen meuternde Soldaten durch Kiel, später durch Berlin und ganz Deutschland. Sie zwangen den Kaiser zur Abdankung, und unter dem Eindruck ihrer Revolte rief Philipp Scheidemann schließlich die Deutsche Republik aus.

Das Schlachten hatte seit dem 11. November ein Ende. Unter diesem Eindruck begründeten rund 180 Maler, Architekten und Bildhauer in Berlin die Novembergruppe, darunter nur wenige weibliche Kreative.

Sie alle verstanden sich als radikal und revolutionär, politisch wie künstlerisch. Kubisten taten sich mit Dadaisten zusammen, Bauhäusler mit Agitprop-Künstlern und Symbolisten. Ihre Werke, die sie gemeinsam in Berlin präsentierten, prägten in den nächsten Jahren das Bild der Weimarer Zeit mit und den Versuch, Kunst und Volk zu vereinen.

Die Berliner Kulturelite war hin- und hergerissen. Die einen, weil ihre überkommenen (spieß)bürgerlichen Sehgewohnheiten durchkreuzt und verraten wurden. Die anderen, weil die neue Radikalität endlich mit dem Plunder der alten Kastengesellschaft aufräumte. Stattdessen wurden die Tragödien, Aufbrüche und Widersprüche ihrer Zeit zu Werken verdichtet, bei denen es nicht um Pathos, Schnörkel, Wohlbehagen ging, sondern um die Sehnsucht nach Freiheit, um Irritation, Radikalität, Parteinahme, Verstörung, Aufwiegelung und Vereinfachung.

WERKE VON STARS UND (WIEDER)ENTDECKUNGEN

Unter dem Titel „Freiheit. Die Kunst der Novembergruppe 1918 – 1935“ sind Werke der Novembergruppe, jedenfalls soweit sie nicht in der Nazizeit als entartete Kunst vernichtet wurden, noch bis zum 11. März 2019 in der Berlinischen Galerie zu sehen. Darunter sind Skulpturen, Architekturmodelle, Bilder, Fotografien und Experimentalfilme von Künstlern, die zu Unrecht in Vergessenheit gerieten.

Aber auch Werke von „Stars“ der Novembergruppe sind zu sehen, wie Otto Dix, Hannah Höch, Paul Klee, Erich Mendelsohn, Ludwig Mies van der Rohe, Piet Mondrian, Max Pechstein, Walter Gropius, George Grosz oder Otto Nagel.

Von diesem Berliner Künstler, der 1967 starb, sind die „Weddinger Jungen“ als Doppelporträt zweier Kiezbewohner im Matrosenanzug, die skeptisch und illusionslos schauen – zugleich aber echt cool, wie wir heute sagen würden. Mich hat selbstverständlich das schräge Gruppenbild „Die Journalisten“ der Dadaistin Hannah Höch (1889 – 1978) schwer beeindruckt, besonders weil ich der Typ ganz unten links sein könnte.

Uli Schulte Döinghaus

Freiheit. Die Kunst der Novembergruppe 1918 – 1935

Berlinische Galerie
Alte Jakobstraße 124-128
10969 Berlin-Kreuzberg

Noch bis 11.3.2019
Mittwoch – Montag, 10 – 18 Uhr

Sonderöffnungen am
25.12.2018 und 1.1.2019



links:
„Die Journalisten“
von Hannah Höch

rechts:
„Weddinger Jungen“
von Otto Nagel

Fotos:
U. Schulte Döinghaus



Rath versus Marlow

Der siebte Berlin-Krimi von Volker Kutscher

Mit durchschnittlich fünf Millionen Zuschauerinnen und Zuschauern hatte sich im Oktober die zweite Staffel der ARD-Serie „Babylon Berlin“ verabschiedet, da kommt der siebte Roman von Volker Kutscher über den Kriminalkommissar Gereon Rath mit dem Titel „Marlow“ in die Buchhandlungen. Roman- und TV-Serie führen in das Berlin der 1920er- und 1930er Jahre, in ein turbulentes gesellschaftlich und politisch aufgeheiztes Klima, auf eine Zeitreise in das Nazi-Deutschland.

Im neuen Kriminalroman „Marlow“ bewegt sich Rath 1935 auf politisch brüchigem Eis. Er riskiert den Konflikt mit dem an Einfluss gewinnenden und konkurrierenden Polizeiparagrafen der Nazis, dem „Sicherheitsdienst“ (SD) der „Schutzstaffel“ (SS). Anlässlich eines zunächst unscheinbaren Verkehrsunfalles kommt er mit brisanten Papieren, nämlich SD-Ermittlungen gegen Hermann Göring in Berührung. Seine Ermittlungen führen ihn parallel zu einem bereits einige Jahre zurückliegenden Ereignis, bei dem der Vater von Raths Ehefrau Charlotte ums Leben kam. Ein Trauma, über das sie nie gesprochen hatte. Sie selbst, einst im Polizeidienst und nun als Privatdetektivin tätig, ahnt nicht, in welches Wespennest sie beide schließlich mit ihren Ermittlungen gestochen haben. Eingeflochten in diese Handlungsstränge ist eine biografische Rückblende über seinen Widersacher Johann Marlow, einem Unterweltkönig, dem gegenüber Rath auch gewisse Verpflichtungen hat.

Auf den rund 520 Seiten verblasst etwas das Genre Kriminalroman. Beim Lesen gewinnt man den Eindruck, der Autor habe sich nicht so recht entscheiden können, ob er



Volker Kutscher: Marlow
Piper Verlag, 2018
520 Seiten, 24 Euro
ISBN 978-3-492-05594-9

einen Kriminalroman schreiben oder ein gesellschaftlich, politisches Panorama des Jahres 1935 zeichnen wollte. Kutscher skizziert den familiären Konflikt mit Pflegesohn Fritz, der an der Hitlerjugend Gefallen gefunden hat, beschreibt das Rollenverständnis über Frauen im Nationalsozialismus und thematisiert die Rassenideologie, die in den Nürnberger Rassengesetzen fixiert wurde. Ziemlich realitätsnah schildert der Autor, auf welche beachtliche Zustimmung in der Bevölkerung die Nazis seinerzeit bauen konnten.

Lesenswert ist Kutschers neuer Roman also allemal. Er ist sachkundig recherchiert, spannend und stilistisch prägnant mit komplexen Handlungssträngen geschrieben. Es dürfte nicht der letzte Roman über Gereon Rath sein. Und die dritte Staffel von „Babylon Berlin“ wird derzeit vorbereitet.

Gunter Lange

Wir verlosen fünf Buch-Exemplare auf der Rätsel-Seite 6

Feuerwehr der Seele Gut zu wissen!

120 Ehrenamtliche helfen am Telefon

„Gut, dass ich durchgekommen bin. Ich möchte mit jemandem reden.“ So oder so ähnlich fangen Gespräche mit Anruferinnen und Anrufern an, die 0800 - 111 0 111 gewählt haben.

Rund um die Uhr, Tag und Nacht sind in der Telefonseelsorge Berlin ehrenamtliche Gesprächspartner zu erreichen. Es gibt keinen Anrufbeantworter. Menschen, die nicht weiterwissen, rufen an. Ihnen ist nach langen gemeinsamen Jahren die Liebe abhandengekommen. Sie sind vor Einsamkeit fast verrückt geworden. Oder werden von Depression und Verzweiflung niedergedrückt, bis hin zu Selbsttötungsgedanken. Familienkrisen. Prüfungsangst. Geldnot. Schlaflosigkeit. Langeweile. Darüber möchten Berlinerinnen und Berliner mit den anonymen Telefonseelsorgern sprechen, den Feuerwehrleuten der Seele.

Immer häufiger kreisen die Gespräche um die Arbeitswelt und Leistungsdruck im Betriebsalltag. „Bis vor drei, vier Jahren ging's oft um Hartz IV oder Ärger mit dem Jobcenter“, sagt eine erfahrene Telefonseelsorgerin. „Heute sprechen wir erstaunlich häufig über Termin- druck, Konkurrenz und Karriere.“

Rund 15.000 Gespräche verzeichnete im vergangenen Jahr der gemeinnützige Trägerverein Telefonseelsorge Berlin e.V. Unter seinem Dach tun rund 120 ehrenamtliche Telefonseelsorger freiwillig und unbezahlt Dienst, jeder mindestens



Rund 15.000 Gespräche verzeichnete die Berliner Telefonseelsorge im vergangenen Jahr. Immer häufiger kreisen die Gespräche um Termin- druck, Konkurrenz und Karriere.

Foto: Vfj/Michael Wendel

120 Stunden im Jahr, auch nachts und am Wochenende. Die meisten Ehrenamtlichen sind berufstätig. Auf ihren Freiwilligenjob werden sie eineinhalb Jahre lang intensiv vorbereitet. Danach gibt es regelmäßige Supervisionen und Weiterbildungen. Warum das alles? Unter anderem für diese Reaktion: „Schön, dass ich mit Ihnen sprechen konnte. Das Gespräch hat mir unendlich gutgetan!“

Ulrich Schulte Döinghaus

Die Telefonseelsorge Berlin ist rund um die Uhr erreichbar: Telefon 0800 - 111 0 111 (gebührenfrei)

www.telefonseelsorge-berlin.de

Vornamen · Musterfeststellungsklage · Kinderspielzeug

VORNAMEN KÖNNEN GETAUSCHT WERDEN

Wer mehrere Vornamen hat, kann deren Reihenfolge beim Standesamt jetzt ändern lassen.

Wer Franz Ferdinand heißt, kann also zu Ferdinand Franz werden. So wird leichter erkennbar, welcher Name der Rufname ist. Mit der Neuregelung soll verhindert werden, dass Dritte – wie etwa Banken, Versicherungen oder Fluggesellschaften – „anstelle des gebräuchlichen Namens den in der Vornamensreihenfolge des Ausweisdokumentes stehenden ersten, allerdings im täglichen Leben ungebrauchlichen Vornamen verwenden“, heißt es im Gesetzestext. Der Namenstausch ist allerdings nur zulässig, wenn die Eltern den Doppelnamen nicht mit Bindestrich geschrieben haben. Ebenfalls nicht ändern kann man die Schreibweise, auch neue Vornamen hinzufügen oder ungeliebte weglassen geht nicht.

EINE-FÜR-ALLE-KLAGE

Verbraucherinnen und Verbraucher können sich künftig leichter zusammenschließen, um Ansprüche gegen Produkthersteller oder Dienstleister geltend zu machen.

Seit dem 1. November gibt es die so genannte Musterfeststellungsklage. Die Betroffenen können so ein Recht auf Schadenersatz zuge-

sprochen bekommen, ohne selbst das Risiko eines Prozesses gegen eine Firma zu tragen. Klagen dürfen nur bestimmte Verbände. Wer mitmachen will, muss sich in ein Klage- register eintragen, mindestens 50 Betroffene müssen zusammenkommen. Die erste Musterfeststellungsklage hat der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) im Diesel- Skandal gegen Volkswagen eingereicht. „Mit der »Eine-für-Alle- Klage« helfen wir allen, die ihr Recht einfordern – und das kostenlos und schnell. Das trägt zur Demokratisierung unseres Rechtssystems bei und stärkt das Vertrauen in unseren Rechtsstaat“, so Bundes- justizministerin Katarina Barley.

KINDERSPIELZEUG WIRD EU-WEIT SICHERER

Für Spielzeug für Kinder unter drei Jahren und Spielzeug, das in den Mund genommen werden kann, wurde ab 4. November 2018 der Grenzwert für Phenol gesenkt.

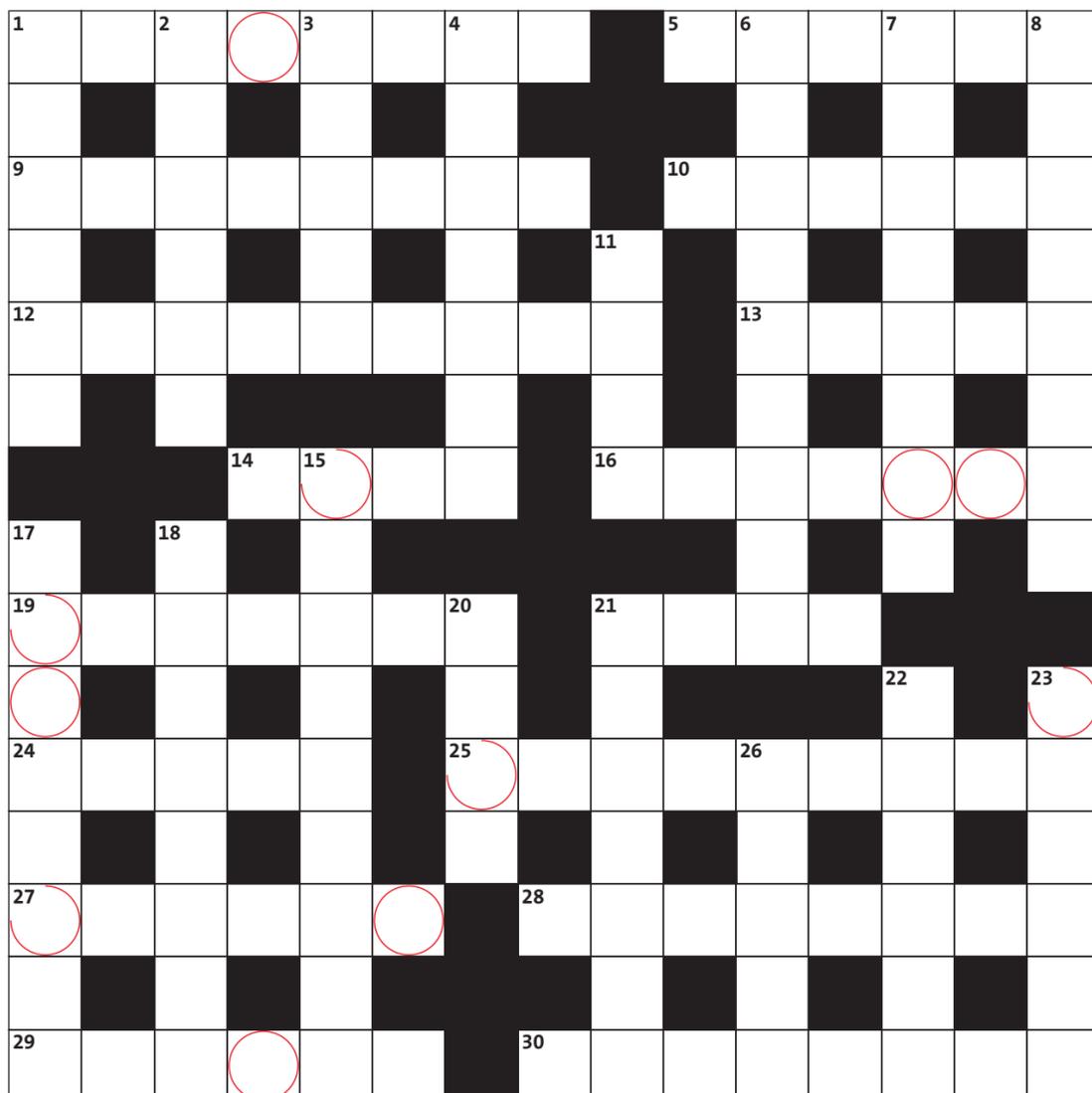
Phenol steht in Verdacht, das Erbgut zu schädigen. Außerdem muss das Spielzeug ab dem 26. November weniger Bisphenol A enthalten. Statt bisher 0,1 Milligramm/Liter dürfen nur noch 0,04 Milligramm/Liter freigesetzt werden. Der Stoff könne schlimmstenfalls unfruchtbar machen, heißt es in einer Mitteilung der Bundesregierung.



Sichereres Spielzeug: Die EU hat die Grenzwerte für Phenol gesenkt.

Foto: Adobe Stock · Oleksandr Tsybulsky

BERLINER PREISRÄTSEL



WAAGERECHT

Umlaut = 1 Buchstabe

- 1 Mitgefühl
- 5 seltsam und nicht zu fassen
- 9 Nabe
- 10 hoffnungsvolles Kickerteam
- 12 liegt in der Harmonielehre eine Quinte über der Tonika
- 13 deswegen wird der Bogen gespannt
- 14 schlecht und schlecht verdaulich
- 16 zustellen, bringen
- 19 altddeutsch für tatsächlich, so isstes
- 21 willkommener Besuch
- 24 Hauptstadt von Ghana
- 25 dünn besiedelte Sehnsuchtsregion der Berliner
- 27 frische Brise
- 28 Hauptstadt von Portugal
- 29 mit Metallstift verbinden
- 30 Struktur einer Veranstaltung

SENKRECHT

Umlaut = 1 Buchstabe

- 1 um kein Wort verlegen
- 2 offizielle Hauptstadt von Tansania
- 3 Kurzbezeichnung für CDU/CSU
- 4 stellt mit anderen verwandten Verbindungen das Vitamin A dar
- 6 explodiert, nicht nur in Berlin
- 7 behelfsmäßige Besegelung
- 8 Heimat von Salü Palü
- 11 Mannsbild
- 15 herbstwinterliche Leckerei aus dem Bratofen

- 17 Interessensgebiet der Botanik
- 18 krümelig zerfallend
- 20 Gefühl des Bedauerns
- 21 Bevor es zerdeppert
- 22 Republik in Westafrika
- 23 Haushälter, Wirtschaftler, Wirtschaftswissenschaftler
- 26 gesund und ferkelfarben

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben eines der schönsten Werke der klassischen Musikgeschichte, das zurzeit wieder an der Deutschen Oper in Berlin aufgeführt wird.

Bitte schicken Sie das Lösungswort auf einer Postkarte bis 04. Januar 2019 per Post an:

SPD Berlin
Berliner Stadtblatt
Müllerstr. 163
13353 Berlin

oder per E-Mail an:
raetsel@berliner-stadtblatt.de

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir fünf Exemplare von Volker Kutschers neuem Krimi „Marlow“. Eine Rezension des Buches finden Sie auf Seite 5.

Das Lösungswort aus der letzten Ausgabe war:
KARL MARX

Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

ZU GEWINNEN SIND 5 EXEMPLARE
VON VOLKER KUTSCHERS NEUEM KRIMI „MARLOW“

Treptow-Köpenick und Eskişehir-Tepebaşı

Eine lebendige Städtepartnerschaft

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat im August 2018 ca. 50.000 Euro für den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Treptow-Köpenick und der Großstadt Eskişehir-Tepebaşı in der Türkei in den Bereichen Existenzgründungs-, Sozial- und Kreativwirtschaftsförderung sowie Integration bewilligt. Vom 24. bis 31. August war nun eine Delegation aus der Partnerstadt Tepebaşı zum Gegenbesuch mit VertreterInnen der Verwaltung, aus der Zivilgesellschaft sowie der Kreativwirtschaft zum zweiten Planungsworkshop nach Treptow-Köpenick gereist.

Gemeinsam wurden mit Organisationen und MultiplikatorInnen insbesondere aus dem Bezirk nach Ideen, Handlungsempfehlungen und Modellen für ein Existenzgründungszentrum für die Sozial- und Kreativwirtschaft, welches demnächst in Tepebaşı eröffnen soll, geforscht. Neben der räumlichen und inhaltlichen Ausgestaltung wurden ebenso die zukünftigen Aktivitäten diskutiert und Möglichkeiten für die Vertiefung der Partnerschaft entwickelt.

Diese Gespräche wurden vom 4. bis 6. September 2018 im Rahmen des Besuchs des Bezirksbürgermeisters Oliver Igel im türkischen Partnerbezirk Eskişehir-Tepebaşı fortgeführt. Zu seiner achtköpfigen Delegation gehörten neben Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlung und einem Mitarbeiter



Die Delegation aus Treptow-Köpenick mit Bürgermeister Dr. Ahmet Ataç

Foto: Ana-Maria Trăsnea

des Bezirksamtes auch VertreterInnen von Vereinen aus Treptow-Köpenick. Oliver Igel folgte einer Einladung seines türkischen Amtskollegen Dr. Ahmet Ataç anlässlich des internationalen Terrakotta-Symposiums, an dem in den vergangenen Jahren bereits mehrere KünstlerInnen aus Treptow-Köpenick teilgenommen haben. Das Terrakotta-Symposium ist ein internationales Kunst-Symposium, das von der Stadtverwaltung zusammen mit der Kunstakademie der Anadolu Universität bereits seit zwölf Jahren organisiert wird. ProfessorInnen, KünstlerInnen und Studierende schaffen gemeinsam Kunstwerke, die später das Stadtbild verschönern

oder in Dienstgebäuden der Verwaltung ausgestellt werden. Die beiden Bezirksbürgermeister entwickelten gemeinsam die Idee, ein Kunst-Symposium ebenso in Treptow-Köpenick zu veranstalten, bei dem KünstlerInnen aus der türkischen Partnerstadt teilnehmen sollen.

Ziel der Reise war es, neben dem Kennenlernen der Partnerstadt drei Projektideen vorzubringen und konkrete Schritte zu vereinbaren. Dazu sah das anspruchsvolle Programm die Besichtigung verschiedener Einrichtungen aus dem Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Jugendbereich in Tepebaşı, Gespräche mit ExpertInnen sowie die Besichtigung der Ausstellung „Das

gemeinsame Erbe der Eisenbahnkultur in Tepebaşı und Treptow-Köpenick“ vor. Die Parallelen zwischen Treptow-Köpenick und Tepebaşı als ehemalige Industriestandorte, unter anderem auch für die Herstellung von Lokomotiven, sind erstaunlich und eine verbindende Gemeinsamkeit sowie ein Ausgangspunkt für die internationale Zusammenarbeit.

Bezirksbürgermeister Oliver Igel zu der Reise: „Ich freue mich außerordentlich, dass ich nach der offiziellen Unterzeichnung unserer Städtepartnerschaftsvereinbarung im November letzten Jahres nun erstmals die Gelegenheit hatte, den Partnerbezirk Eskişehir-Tepebaşı

zu besuchen. Zwischen beiden Bezirken gibt es viele Gemeinsamkeiten und ich wünsche mir, dass wir in den nächsten Jahren viel voneinander lernen und so auf kommunaler Ebene einen kleinen Beitrag zur Stärkung der deutsch-türkischen Beziehungen leisten.“

Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Ana-Maria Trăsnea berichtet: „Der vielfältige Einsatz der liberal-progressiven Stadtregierung zur Verbesserung der Lebenswirklichkeiten der Menschen vor Ort ist deutlich zu spüren gewesen. Der Stadt gelingt es, soziale Aspekte mit ökologischer Nachhaltigkeit vorbildhaft zu verknüpfen.“ So ist das Gebäude der Verwaltung hoch modern und funktioniert hauptsächlich mit erneuerbaren Energien. Zugleich kommen elektrische Busse bei sozialen Einrichtungen zum Einsatz, die einen Fahrdienst für Kinder und SeniorInnen anbieten.

Das smart village („smartes Dorf“) ist ein 340-Millionen-Euro-Projekt, finanziert durch die EU, in dem Alzheimer-PatientInnen zu erschwinglichen Preisen betreut werden. Menschen mit Behinderung werden kostenlos sozialpädagogisch begleitet und können sich handwerklich betätigen. In der Kita vor Ort spielt Inklusion eine zentrale Rolle. Ebenso ist dort ein Physiotherapie-Standort angesiedelt. „Allein an diesem Beispiel haben wir viele Ansätze für die Arbeit auch bei uns in Treptow-Köpenick mitgenommen“, so Ana-Maria Trăsnea.

BVV beschließt Fahrradparkhäuser

Die S-Bahnhalte Adlershof, Friedrichshagen und Köpenick werden als Umsteigebahnhöfe von RadfahrerInnen sehr stark genutzt. Es gibt dort zwar Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, diese sind aber meist – gerade unter der Woche – komplett ausgelastet und bieten weder Schutz vor Diebstahl noch vor der Witterung. Die vollen Abstellanlagen hindern andere RadfahrerInnen daran, zumindest einen Teil ihres Weges mit dem Rad zu erledigen.

Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder am S-Bahnhof Köpenick sind ausgelastet. Schon nach 8.00

Uhr morgens ist kein Platz mehr. Hinzu kommt das entstehende Wohngebiet auf dem ehemaligen Güterbahnhof Köpenick.

Das WISTA-Gelände in Adlershof entwickelt sich und wächst stetig weiter. Dies bedeutet in der Konsequenz aber, dass auch die Angebote zum Abstellen von Fahrrädern am S-Bahnhof Adlershof erhöht werden müssen.

Der S-Bahnhof Friedrichshagen ist in seiner Charakteristik anders zu bewerten, da er vielen PendlerInnen aus dem Umland als Umsteigebahnhof dient, die anschließend den ÖPNV nutzen. Auch hier sind

die Fahrradbügel unter der Woche meist überfüllt.

Der Radverkehrsbeauftragte der SPD-Fraktion Manuel Tyx äußerte sich hierzu wie folgt: „Man sieht an vielen S-Bahnhalten überfüllte Fahrradbügel. Mit Fahrradparkhäusern können diese entlastet werden. Durch die Möglichkeit, das Fahrrad sicher abzustellen, können mehr Menschen zum Radeln motiviert werden.“

Die Bezirksverordnetenversammlung beschloss auf ihrer Sitzung am 15. November 2018 einstimmig den Antrag, der auf die Initiative der SPD-Fraktion zurückging.

Breiterer Stellingdamm

Mit dem Titel „Sinnvoller Ausbau der zukünftigen Ost-West-Trasse“ brachte die SPD-Fraktion am 15.11.2018 einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung ein, der bei der Planung der Verlängerung der Ost-West-Trasse eine vierspurige Straße vorsieht.

Die Trasse sollte ursprünglich, um die Bahnhofsstraße zu entlasten, von der Straße An der Wuhlheide vorbei an der Alten Försterei zur Mahlsdorfer Straße führen. Im Zuge der Entwicklung des ehemaligen Güterbahnhofs Köpenick ist nun geplant, die Straße bis zum Brandenburgplatz weiterzuführen.

Bisher ist die Straße mit nur einer Fahrspur je Richtung geplant. Manuel Tyx, Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss dazu: „Wenn wir mit der Ost-West-Trasse und deren Verlängerung die Bahnhofsstraße entlasten wollen, ist – vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt – am Stellingdamm eine breitere Straße notwendig. Der Verkehr, allen voran der ÖPNV, würde bei einer Einspurigkeit je Richtung ständig im Stau stehen.“

Der Antrag wird nun in den Fachausschüssen „Stadtentwicklung und Bauen“ und „Tiefbau und Ordnungsangelegenheiten“ weiter beraten.

1,5 Mio. Euro für die Bekenntniskirche in Treptow

Förderung ermöglicht barrierefreien Ausbau des Kirchenbaus aus den 1930er-Jahren

Alexander Freier-Winterwerb, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick, freut sich: „Fantastisch! Mit der Förderung können wir auf der einen Seite einen geschichtsträchtigen Ort des Umbruchs und Aufbruchs in Treptow erhalten und ihm eine Zukunft geben. Auf der anderen Seite geben wir der Kirchengemeinde etwas für ihr unermüdeliches ehrenamtliches Engagement in Treptow zurück.“

Die Bekenntniskirche ist die erste und einzige Notübernachtung für Obdachlose im Bezirk. Und mit der Beteiligung am Projekt „LAIB und SEELE“, das finanziell bedürftige Menschen mit Lebensmittelpenden

unterstützt, trägt sie zu einer lebendigen Kirche bei.“

Pfarrer Paulus Hecker stimmt zu: „Für uns als Kirchengemeinde sind das wundervolle Nachrichten. Wir suchen seit Jahren nach einem Weg, die Bekenntniskirche barrierefrei umzugestalten und gleichzeitig ihren ganz besonderen Charakter als Kirchenbau der frühen 1930er-Jahre zu erhalten. Mit der Förderung durch den Bund ist die Grundlage dafür geschaffen, dass beides gelingen kann. Die Bekenntniskirche wird ein lebendiger Ort für alle werden und ein Ort bleiben, an dem die Seele aufatmen kann.“

Bezirksbürgermeister Oliver Igel (SPD) ergänzt: „Die Bekenntnis-



Die Bekenntniskirche in Treptow

Foto: Ev. Kirchengemeinde Berlin Treptow

kirche war in den 1980er-Jahren ein Zufluchtsort für Menschen, die in der DDR politisch bedrängt wurden:

Friedensaktivisten, Umweltgruppen, Ausreisewillige. Im Herbst '89 gründeten sich hier die Bürgerbewegungen „Demokratie Jetzt“, die „Grüne Partei in der DDR“ und die „Sozialdemokratische Partei in der DDR Treptow“.

Alexander Freier-Winterwerb abschließend: „Unser Dank gilt der SPD-Bundestagsfraktion und ihrem haushaltspolitischen Sprecher Johannes Kahrs, ohne die wir dieses Projekt nicht hätten starten können. Es ist immer großartig, wenn alle Ebenen an einem Strang ziehen, um konkret die Lebensbedingungen der Menschen im Kiez zu verbessern.“

www.bekanntniskirche.de

IMPRESSUM

Aus der BVV-Fraktion
 Treptow-Köpenick
 (Seiten 7 und 8)

Herausgeber:
 SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
 Fraktionsvorsitzender
 Alexander Freier-Winterwerb (V.i.S.d.P.)
 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Kontakt:
 buero@spd-fraktion-tk.de
 www.spd-fraktion-tk.de

Redaktion:
 Alexander Freier-Winterwerb,
 Rainer Hölmer, Oliver Igel, Ellen Haußdorfer,
 Marc Oliver Ram, André Rostalski,
 Ana-Maria Trăsnea, Manuel Tyx

SPD-Fraktion will Ampel für Kreuzung prüfen lassen

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick hat beantragt, dem Bezirksamt zu empfehlen, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass für die Kreuzung Dahlwitzer Landstraße/Schöneicher Straße die Einrichtung einer Ampel geprüft wird.

Grund für den Vorschlag der SPD-Fraktion ist, dass die Kreuzung Dahlwitzer Landstraße/Schöneicher Straße insbesondere während des Berufsverkehrs stark frequentiert ist. Von der Schöneicher Straße kommenden Kraftfahrzeugen ist es häufig nur schwer möglich, nach links auf die vorfahrtsberechtigten Dahlwitzer Landstraße abzubiegen, um von dort zur Bölschestraße zu gelangen oder von dort auf den Fürstenwalder Damm Richtung Hirschgarten oder Rahnsdorf abzubiegen. Dies führt bisweilen zu verkehrgefährdendem Verhalten, wenn die Möglichkeit zum Abbiegen „erzwungen“ wird.

Ihren Antrag hat die SPD-Fraktion in der Sitzung der BVV am 30. August 2018 eingebracht. Der BVV-Ausschuss „Tiefbau und Ordnungsangelegenheiten“ will sich nun in seiner Sitzung am 29. November 2018 damit befassen.

Wir hoffen auf eine breite Unterstützung, nachdem sich auch der Bürgerverein Friedrichshagen e.V. in seiner Auftaktveranstaltung zur Mobilität in Friedrichshagen am 7. November 2018 dafür ausgesprochen hat, sich dem annehmen zu wollen. Inzwischen ist auch die CDU-Fraktion in der BVV dem Antrag beigetreten. Und da die Unterstützung durch das Land Berlin entscheidend sein wird, haben wir unser Anliegen am 6. November 2018 auch bereits dem Mitglied des Abgeordnetenhauses, Robert Schaddach (SPD), vor Ort erläutert.

Treptow-Köpenick – Bezirk der Frauen

Dialogforum mit Senatorin Dilek Kolat im Rathaus Köpenick

Unter dem Motto „Bezirk der Frauen“ fand am 19. Oktober 2018 im Rathaus Köpenick ein Dialogforum zur Gleichstellungspolitik in Treptow-Köpenick statt. Vor dem Hintergrund, dass 2019 eine bedarfsdeckende Frauen*infrastruktur für Berlin vom Senat evaluiert und neu geplant wird, haben wir Politik, Verwaltung und Praxis zusammengebracht, um über Erreichtes und Herausforderungen zu sprechen.

Die Evaluation des Landesprogramms für Bezirksfrauen*infrastruktur ist für die Frauen* und Mädchen in unserem Bezirk von großer Bedeutung, weil damit auch über die Förderung von Stellen und Angeboten für unseren Bezirk entschieden wird. Damit die entsprechenden Posten im Doppelhaushalt festgeschrieben werden, war es der SPD-Fraktion Treptow-Köpenick wichtig, die Debatte zu starten und den Akteur*innen der Gleichstellungspolitik die Möglichkeit zu geben, sich mit Dilek Kolat, Senatorin für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, auszutauschen.

Engagierte Projekte im Bezirk gleichen die mangelnde Finanzierung durch ehrenamtliches Engagement bis zur Selbstaufgabe aus. Dieser unhaltbare Zustand betrifft insbesondere Vereine, Beratungsstellen und Initiativen, die sich um Mädchen und Frauen* kümmern. Die Komplexität der Probleme



Foto: SPD-Fraktion Treptow-Köpenick

nimmt im gesamten Bezirk zu. Sexualisierte Gewalt, finanzielle Probleme, Traumata, Flucht, Wiedereinstieg ins Berufsleben, schlechte Arbeitschancen durch fehlende oder mangelnde Qualifikation sind ein Risiko für Betroffene. Die Infrastruktur für Hilfeleistungen auf diesem Gebiet ist nicht ausreichend. Daher fordern wir den Aufbau eines Praxisrates der Antigewaltprojekte, eine stabile Finanzierung und Strukturen für Frauenhäuser, Sozialarbeit für Alleinerziehende mit multiplen Problemen, Schaffung von Frauen*zufuchtswohnungen und niedrigschwellige Angebote.

Nach einer thematischen Einführung durch Dilek Kolat, in der sie Errungenschaften, aber auch Herausforderungen der Berliner Gleich-

stellungspolitik darlegte, benannte sie die Schwerpunkte des Senats, um das Staatsziel Gleichstellung zu erreichen:

- Alleinerziehende stärken
- Frauen* aktiv in Führungspositionen bringen
- Gewalt gegen Frauen* mit Prävention und Hilfsstrukturen bekämpfen

In den anstehenden Haushaltsverhandlungen wird sich die Senatorin dafür stark machen, dass jeder Bezirk eine Anlaufstelle für Alleinerziehende finanziert bekommt und dass die Frauen*infrastruktur so ausgestattet wird, wie sie vor Ort gebraucht wird. Dies hat den Vertreter*innen aus der Frauenarbeit im Bezirk besonders Mut gemacht.

Das Konzept für Frauen*infrastruktur im Bezirk, dass wir in der Bezirksverordnetenversammlung vom 15. Oktober 2018 beschlossen hatten, wurde von der Senatorin sehr gelobt. Ziel ist es, Lücken zu ermitteln, eine Strategie zum Schließen der Lücken zu erarbeiten und die Ergebnisse der Senatsverwaltung in den Haushaltsverhandlungen vorzulegen.

Dieser Austausch war deswegen so gewinnbringend, weil neben Interessierten viele Vertreterinnen* von Frauen*projekten vor Ort waren und ihre Erfahrungen aus der Praxis geschildert haben. So funktioniert Politik auf Augenhöhe.

Eine besondere Idee hatten unsere Frauen*projekte: An jeden vierten Stuhl hing eine selbstgebastelte Blume, um darauf aufmerksam zu machen, dass jede vierte Frau* mindestens einmal in ihrem Leben körperliche oder sexuelle Partnerschaftsgewalt erlebt. Betroffen sind Frauen* aller sozialen Schichten. Um häusliche Gewalt wirksam zu bekämpfen, ist die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen in staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen erforderlich.

Unser Einsatz gilt der Stärkung und dem Ausbau der Frauen*infrastruktur, damit jede Frau* auf solide Hilfsstrukturen zählen kann. Denn die Stärkung von Frauen heißt eine starke Kommune zu sein. In diesem Sinne: mit aller Kraft voran!

Volle Rückendeckung für ErzieherInnen!

Wir treten für eine bessere Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern in Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, im Jugendamt und in den Schulen ein. Neben weiteren notwendigen Verbesserungen im Alltag (Personalschlüssel, Ausstattung) unterstützen wir die Erzieherinnen und Erzieher in den anstehenden Tarifverhandlungen.

Mit unserem Antrag möchten wir erreichen, dass Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsbereich deutlich besser bezahlt werden. Wir streben an, dass die jetzige Eingrup-

pirung angehoben wird und alle Entgeltstufen deutlich besser bezahlt werden.

Das Land Berlin soll als Mitglied der Tarifgemeinschaft der Länder (TV-L) die Initiative für den Abschluss einer neuen tarifvertraglich geregelten Eingruppierung der Sozial- und Erzieherberufe ergreifen. Ziel muss es sein, den Berufsstand entsprechend der gewachsenen Anforderungen und der großen Verantwortung der pädagogischen Fachkräfte aufzuwerten und die Bezahlung sowie die Eingruppierung

entsprechend zu verbessern. Das viel diskutierte „Münchner Modell“ der Zulagenzahlung ist im Berliner TV-L rechtlich nicht möglich, sodass wir uns, angelehnt an die Initiativen im Abgeordnetenhaus, auch für eine bessere Bezahlung sowie Eingruppierung im Tarifsystem der TV-L einsetzen.

Weitere Schritte werden im Jugendhilfeausschuss erörtert.

Ana-Maria Träsnea, jugendpolitische Sprecherin: „Dies ist ein wichtiger Schritt gegen die Unterbezahlung von Menschen im Erziehungs-

und Sozialwesen, wovon besonders Frauen betroffen sind. Es kann nicht sein, dass Menschen, die unsere Kinder betreuen, deutlich weniger verdienen als Menschen, die an Maschinen herumschrauben.“

Ellen Haußdörfer, Sprecherin für Soziale Stadt: „Die geleistete Arbeit im Erziehungs- und Sozialwesen ist unfassbar wichtig für die Gesellschaft. Die Gehaltserhöhungen können nur ein wichtiger Anfang sein, um die Qualität der Kinder- und Jugendbetreuung weiter zu verbessern.“

Milieuschutz in Treptow-Köpenick

Bezirk prüft Ausweitung in Alt-Treptow und die Ausweisung neuer Gebiete

In Treptow-Köpenick gibt es aktuell drei so genannte Milieuschutzgebiete: Sie befinden sich in Alt-Treptow (seit Juli 2016), in Ober- und in Niederschöneweide (seit Mai 2017). Ihre Ausweisung erfolgte, um die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung, die im Rahmen einer Voruntersuchung aus besonderen städtebaulichen Gründen als erhaltenswert erkannt wurde, zu schützen.

Die rechtliche Grundlage hierfür ist der § 172 Baugesetzbuch, in dem geregelt ist, dass „die Gemeinde (...) in einem Bebauungsplan oder durch eine sonstige Satzung Gebiete (...) 1. zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets auf Grund seiner städtebaulichen Gestalt (...); 2. zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (...)“ als Milieuschutzgebiete ausweisen kann.

Damit einher geht die Ermächtigung des Bezirksamts, die Begründung von Wohneigentum gemäß § 1 Wohneigentumsgesetz befristet per Rechtsverordnung unter einen Genehmigungsvorbehalt zu stellen. Ebenfalls genehmigungsbedürftig werden Wohnungsmodernisierungsmaßnahmen des Vermieters und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Es handelt sich somit um ein baurechtliches, nicht um ein sozialpolitisches Instrument. Eine Milieuschutzausweisung kann daher weder grundsätzlich Modernisierungen verhindern noch günstige Mieten dauerhaft sichern und auch nicht einzelne Mieter/-innen individuell schützen.

Über den Genehmigungsvorbehalt hinaus steht dem Bezirk gemäß § 24 Baugesetzbuch „ein Vorkaufsrecht beim Kauf von Grundstücken

(...) im Geltungsbereich (...) einer Erhaltungssatzung“ zu. Dieses kann gemäß § 27a Baugesetzbuch zu Gunsten eines Dritten, z.B. einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft, ausgeübt werden. Diese Möglichkeit entfällt, wenn der (eigentliche) Käufer fristgerecht eine Abwendungsvereinbarung unterzeichnet, mit der er sich zur Einhaltung der Satzungsziele eines Milieuschutzgebietes für die Geltungsdauer der Erhaltungssatzung, längstens jedoch für 20 Jahre, verpflichtet.

Die Wahrnehmung eines Vorkaufsrechts erfolgt in Berlin grundsätzlich zu Gunsten Dritter, nämlich der städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die jedoch zuvor unter verschiedenen Aspekten prüfen, ob eine Übernahme für sie überhaupt in Frage kommt. In Treptow-Köpenick sind bis Mitte November 2018

bei 17 Vorgängen (Alt-Treptow: 2; Oberschöneweide: 8; Niederschöneweide: 7) entsprechende Prüfverfahren eingeleitet worden. Dabei kam das Vorkaufsrecht einmal zur Anwendung, in einem Fall kam es zu einer Abwendungsvereinbarung.

GEBIETE UNTERSCHIEDEN SICH

Auch über die Prüfverfahren zum Vorkaufsrecht hinaus unterscheiden sich die drei Milieuschutzgebiete voneinander:

In Alt-Treptow wurden acht Dachgeschossausbauten genehmigt, ferner wurde in fünf Fällen der Modernisierung nach Leerstand zugestimmt, zwei Anträge werden derzeit noch geprüft. Ein Antrag auf energetische Sanierung wurde vom Bezirksamt abgelehnt, zwei weitere befinden sich derzeit im Prüfverfahren.

In Oberschöneweide gibt es aktuell 12 Genehmigungen für einen Dachgeschossausbau, ebenfalls 12 Genehmigungen zur Modernisierung nach Leerstand sowie vier Genehmigungen für eine energetische Sanierung.

In Niederschöneweide spielen Dachgeschossausbau und energetische Sanierung mit je einer Genehmigung nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings gab es auch hier neun Genehmigungen zur Modernisierung nach Leerstand.

Genehmigungen auf Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen wurden in Alt-Treptow in zwei und in Oberschöneweide in vier Fällen genehmigt.

Aktuell prüft der Bezirk eine Ausweitung des Milieuschutzgebietes in Alt-Treptow. Auch die Notwendigkeit einer Ausweisung weiterer Milieuschutzgebiete wird untersucht.